

DIAS–Analyse

Nr. 33 • Juni 2008

Dr. Christian Wipperfürth

Russland – Zentralasien –
Afghanistan:

Ein Beziehungsgeflecht

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Dr. Christian Wipperfürth

Christian Wipperfürth war Mitarbeiter des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags. Zwischen 2001 und 2004 hat er internationale Beziehungen an der Universität St. Petersburg unterrichtet. Seitdem arbeitet er als Publizist in Berlin.

Sein letztes Buch „Russland und seine GUS-Nachbarn“ erschien im September 2007, „Russische Außenpolitik“ wird im Dezember 2008 erscheinen.

Der Verfasser ist erreichbar unter cwipperfuerth@email.de.

Dr. Christian Wipperfürth
Russland – Zentralasien - Afghanistan: Ein Beziehungsgeflecht, DIAS-Analyse Nr. 33, Juni 2008
Düsseldorf, Juni 2008

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2008, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Afghanistan und seine Nachbarn	2
Afghanistan als Stimmungsindikator: 2001 bis 2005	2
Hintergründe des russischen Interesses an der Region	4
Zentralasien vor der Explosion? 1999 bis 2006	4
Russland in Zentralasien	7
Die (vorübergehende?) Stabilisierung Zentralasiens seit 2006	8
China in Zentralasien	10
Russland bietet sich an	11
Nervosität in Kabul	12
Die kalte Schulter des Westens	12
Hektische Aktivitäten	13
Die USA kommen Russland entgegen	14
Der Preis Russlands	14
Zusammenfassung und Ausblick	14

Einleitung

Bei der Diskussion über Afghanistan wird ein zentraler Faktor anhaltend ausgeblendet oder zumindest stark unterbelichtet: Die (potenzielle) Rolle Russlands und seiner Verbündeten. Anfang Februar veröffentlichte beispielsweise die „Internationale Crisis Group“ eine ausführliche Studie über Afghanistan, in der deutliche Sorgen über die zukünftige Entwicklung des Landes geäußert wurden.¹ In den Gremien der „Crisis Group“ sitzen dutzende ehemalige Außenminister (auch Joschka Fischer) und höchste Würdenträger internationaler Organisationen. Ihre Studien gehören zum Besten, was politikberatend über die Krisenregionen der Erde veröffentlicht wird. Dies gilt prinzipiell auch für die erwähnte Analyse, mit zumindest einer Ausnahme: Pakistan wurde vierundzwanzigmal erwähnt und der Iran fünfzehnmal. Tadschikistan und Usbekistan, im Norden gelegene Nachbarn Afghanistans, jedoch waren keiner Nennung im Text wert, ebensowenig wie Russland. Derartige Scheuklappen sind grotesk. Dieser Beitrag soll darum zu einem Diskussionsprozess beitragen. Er hat in Deutschland seit dem Februar 2008 immerhin zaghaft begonnen, anders als in vielen anderen Ländern der euro-atlantischen Welt.²

Afghanistan und seine Nachbarn

Die Situation in Afghanistan ist eng mit derjenigen der umliegenden Staaten verwoben. Dies liegt teils an den langen, größtenteils kaum gesicherten Grenzen und der traditionell schwachen Staatlichkeit des Landes. Zudem gehören die Bewohner verschiedenen sprachlichen und ethnischen Gruppen an, die auch in den Nachbarländern stark vertreten sind oder gar vorherrschen. Millionen Paschtunen beispielsweise, die etwa 40% der Bevölkerung stellen, leben auch in Pakistan. Der Norden Afghanistans hingegen wird von Tadschiken und Usbeken dominiert, auf die weitere ca. 30% der Einwohner des Landes entfallen.

Die Bedeutung Pakistans für die Situation in Afghanistan ist allgemein präsent, dies gilt, zumindest für den Expertenkreis, auch für den Iran. Die Länder des ehemals sowjetischen Zentralasien, beispielsweise Tadschikistan und Usbekistan, befinden sich – selbst bei Afghanistanspezialisten - in Bezug auf die Lage am Hindukusch bislang noch außerhalb der westlichen Wahrnehmung. Es ist überfällig, sich dem Zusammenhang Zentralasien-Afghanistan zu widmen – und der Rolle, die Russland in diesem Geflecht spielt bzw. spielen könnte.

Afghanistan als Stimmungsindikator: 2001 bis 2005

US-geführte Truppen begannen nach den Terrorangriffen in den USA eine Offensive in Afghanistan. Die Unterstützung Russlands spielte eine entscheidende Rolle für den Siegeszug der westlichen Koalitionstreitkräfte (und ihrer afghanischen Verbündeten) im Herbst/Winter 2001/2002. Russland stellte z.B. Waffen sowie wichtige Geheimdienstinformationen zur Verfügung und ermunterte zentralasiatische Länder ausdrücklich, NATO-Streitkräften Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Präsident Putin positionierte sein Land ohne Zögern und unzweideutig an die Seite des Westens, ohne Gegenleistungen zu vereinbaren oder auch nur zu fordern, trotz des Widerstandes zahlreicher russischer Politiker und Experten, zu denen auch bekennende oppositionelle Demokraten wie Alexej Arbatow gehörten. Sie warfen Putin vor, dass seine Politik den

1 International Crisis Group, Afghanistan: The Need for International Resolve, Asia Report Nr.145, 6.2.08, www.crisisgroup.org

2 Dieser Beitrag stützt sich u.a. auf mein im Herbst 2007 erschienenes Buch: „Russland und seine GUS-Nachbarn. Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Konflikte in einer ressourcenreichen Region.“ Zudem möchte ich auf meinen Kommentar verweisen, der Anfang Januar unter <http://www.dias-online.org/222.0.html> erschien.

Einfluss in einem traditionellen Interessengebiet schwäche. Allerdings waren es nun die USA und ihre Verbündeten, und nicht mehr wie zuvor Russland, die die Hauptlast im Kampf gegen islamistische Extremisten trugen. Diese hatten Russland und den Ländern Zentralasiens in den vorhergehenden Jahren zahlreiche Probleme bereitet. Das Engagement des Westens lag zweifellos im Interesse des Kreml.

2001 bis 2003 waren die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland von einer entspannten Kooperationsbereitschaft geprägt. Danach gefielen sich beide Seiten aus verschiedenen Gründen darin, einander Probleme zu bereiten, auch in Zentralasien: 2004 hatte Tadschikistan z.B. zur Überraschung Moskaus die Übernahme der Grenzsicherung zu Afghanistan verlangt, die zuvor unter dem Kommando russischer Offiziere gestanden hatte. Die Anregung hierfür kam aus Washington.³ Russische Soldaten sind seitdem nicht mehr für die Sicherung der langen Grenze des Landes zu Afghanistan verantwortlich. Über 90% des weltweit produzierten Opium, aus dem Heroin hergestellt wird, kommen aus diesem Land - und die Menge der beschlagnahmten Drogen ist nach dem russischen Abzug um die Hälfte zurückgegangen...⁴

Im Juli 2004 erklärte Präsident Putin öffentlich, dass die GUS-Länder dabei seien „wiederherzustellen, was durch den Zusammenbruch der Sowjetunion verloren wurde, aber auf einer neuen, modernen Grundlage“.⁵ Diese Worte waren kein Ausdruck (neuer) russischer Politik, sondern verfolgten den innenpolitischen Zweck, die zahlreicher werdenden Kritiker seiner freundlichen Politik gegenüber dem Westen zu besänftigen. Der robusteren russischen Rhetorik sollten in den folgenden Monaten jedoch auch Taten folgen.

Russland und beispielsweise Usbekistan, das Schlüsselland Zentralasiens, waren nach wie vor bereit, mit dem Westen in Bezug auf Afghanistan eng zusammenzuarbeiten, wie der usbekische Außenminister beispielsweise zum Jahreswechsel 2004/05 bekräftigte: „Usbekistan wird diese Zusammenarbeit fortführen, bis die US-Mission in Afghanistan beendet ist.“ Die USA hatten den Wahlen vom 26. Dezember 2004 in Usbekistan wenig Aufmerksamkeit gezollt, was bei der Operation in Zentralasien auf Unwillen stieß. Zur gleichen Zeit ratifizierte Präsident Putin den Vertrag über eine strategische Partnerschaft zwischen Russland und Usbekistan.⁶ Russland begann mit dem Versuch, den westlichen Einfluss in Zentralasien einzuhegen – oder ihm aktiv zumindest etwas entgegenzusetzen.

Im Sommer 2005 rührte es keinen Finger, als Usbekistan die US-Truppen aus dem Lande warf (s.u.), ermunterte Taschkent aber auch nicht zu diesem Schritt. Die Mehrzahl russischer Kommentatoren feierte den vermeintlichen Machtgewinn Russlands in der Region. Experten mit direkterem Zugang zu den Entscheidungszentren im Kreml zeigten häufig größere Umsicht, beispielsweise Sergei Karaganow, der Leiter des Rates für Außen- und Sicherheitspolitik. Er schrieb in der offiziellen „Rossiskaja Gazeta“:

„Nur Menschen, die nicht bis drei zählen können, sind in der Lage, angesichts des Abzugs der Amerikaner aus Usbekistan Genugtuung zu empfinden. Nun trägt Russland die volle strategische Verantwortung für Usbekistan, ein zerfallendes Land.“⁷

3 Interview von Vladimir Skosyrev mit Vjačeslav Trubnikov, in: *Nezavisimaja Gazeta*, Nr. 92, 12.5.04; Viktorija Panfilova/ Igor' Plugatarev: *Rossiskie voiska vydvorjajut iz Tadžikistana*, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 25.5.04; Ira Strauss, in: www.inthenationalinterest.org, 6.6.04.

4 Anna Matveeva: *EU stakes in Central Asia*, Chaillot Paper 91, Institute for Security Studies, Paris 2006, S. 42, 57 (künftig: Matveeva).

5 Igor' Torbakov: *Russia's Eastern Offensive: Eurasianism versus Atlanticism*, in: *The Jamestown Foundation, Eurasia Daily Monitor*, Vol. 1, Issue 38.

6 Roger N. McDermott: *Tajikistan and Uzbekistan Look beyond U.S. Security Assistance*, in: *Jamestown Foundation Eurasia Daily Monitor*, 6.1.05, nach: *Johnson's Russia List*, Nr. 337, 7.1.05, (künftig: JRL).

7 Uwe Halbach: *Usbekistan als Herausforderung für westliche Zentralasienpolitik*, SWP-Studie 26, Berlin, September 2006, S. 27/28 (künftig: Halbach: *Usbekistan*); Sergej Karaganov: *Central'naja Aziâ: vosvrasenie Rossii*, in: *Rossijskaja Gazeta*, 9.12.05; ders.: *Rossia i SŠA. Krizis nomer 20?* in: *Rossiiskaja Gazeta*, 3.3.06.

Warum sollte Russland die „volle strategische Verantwortung“ für Usbekistan tragen?

Hintergründe des russischen Interesses an der Region

Die zentralasiatischen Länder sind mit Russland eng verflochten, mit Kasachstan verbindet Russland eine über 7.000 Kilometer lange Grenze, die mit deutlichem Abstand längste Landgrenze der Welt. Sie ist weitgehend ungesichert. Russland muss fürchten, Ziel unzähliger Flüchtlinge zu werden, falls es in der Region zu erheblichen Turbulenzen kommen sollte. Zudem wäre in diesem Falle mit einem weiteren Anschwellen der Drogenflut aus Afghanistan zu rechnen. - Russische Ordnungskräfte beschlagnahmten bereits heutzutage etwa die zehnfache Menge an Rauschgiften wie ihre deutschen Kollegen. - Eine Radikalisierung des Islam in Zentralasien könnte zudem Rückwirkungen auf die Muslime in Russland besitzen, die über 10 Prozent der Bevölkerung stellen. Und der Austausch zwischen Zentralasien und Russland ist eng: Millionen Bürger zentralasiatischer Staaten leben als Arbeitsmigranten in Russland. Der Kreml ist an der Region zudem als Heimat von über sechs Millionen Russen und Energielieferant interessiert.

Zu guter Letzt: Russland und zentralasiatische Staaten sind im Verteidigungspakt „Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit“ (OVKS) (s.u.) miteinander verbunden. Russland besitzt ein geradezu existenzielles Interesse an der Stabilität Zentralasiens. Dies trifft – leicht abgeschwächt – auch auf die Sicherheit Afghanistans zu. Russland wäre von einem radikal-islamistischen Afghanistan weit stärker bedroht als die NATO-Mitgliedsländer. Die Extremisten würden nach Norden ausgreifen, nach Zentralasien hinein, wie bereits vor dem Herbst 2001.

In wenigen Worten: Die Sicherheit und Stabilität Zentralasiens und Afghanistans sind miteinander verbunden und diejenige Russlands und Zentralasiens ist nicht voneinander zu trennen.

Wie ist es um die sicherheitspolitische Situation in Zentralasien bestellt? War/Ist die Charakterisierung Karaganows, dass es sich bei Usbekistans um ein „zerfallendes Land“ handelt, angebracht?

Zentralasien vor der Explosion? 1999 bis 2006

Seit 1999 griffen bewaffnete Extremisten, von Afghanistan kommend, auch in Zentralasien zur Gewalt. Zahlreiche Menschenleben waren zu beklagen, die Regierungen der Region und Russlands waren stark beunruhigt und der Kreml dachte im Sommer 2001 sogar laut darüber nach, Stellungen der Taliban in Afghanistan aus der Luft anzugreifen, was im Westen zu deutlicher Kritik führte. Die Extremisten hatten die gemäßigeren Verbündeten Russlands in Afghanistan, die „Nordallianz“, kurz vor dem 11. September vernichtend geschlagen.

Nach der (vorübergehenden?) Niederlage der afghanischen Taliban Anfang 2002 kehrte zunächst wieder Ruhe in Zentralasien ein, im Herbst 2004 gab es in den großen Städten Usbekistans jedoch Bombenanschläge mit zahlreichen Toten, Schusswechsel mit der Polizei und Selbstmordattentate. Die „Islamische Bewegung Usbekistans“, die Verbindungen zu Al-Qaida hat, verfügte im gesamten Land über Untergrundzellen.

Im Mai 2005 kam es in Andischan, einer der größten Städte Usbekistans zu Unruhen.⁸ Die Bevölkerung der Stadt war aus nachvollziehbaren Gründen höchst unzufrieden mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Situation, Extremisten nutzten die Lage und setzten 2.000 Gefängnisinsassen auf freien Fuß, wobei mehrere Vertreter der Staatsorgane ermordet wurden. Die Staatsmacht

8 Zu den Hintergründen s. Fußnote 1, S. 57-61

bediente sich der Gewalt ohne Rücksichtnahme, um die Situation wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die usbekische Führung behauptete, dass die Sicherheitskräfte gerechtfertigte Maßnahmen ergriffen hätten, um Unruhen zu beenden, die von Terroristen unterstützt worden seien. Die bekannte Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ und andere Nichtregierungsorganisationen erklärten, dass hunderte unschuldige Zivilisten massakriert worden seien. Beide Erklärungen, die einander nicht ausschließen, beschreiben Teile des Geschehens.

Der russische Außenminister verteidigte einige Tage nach dem Blutbad das Vorgehen der usbekischen Behörden und betonte die Notwendigkeit, die Lage zu beruhigen. Er trat aber außerdem für eine gründliche Untersuchung der Vorfälle ein und schlug vor, beispielsweise das Antiterrorismuskomitee des UN-Sicherheitsrates damit zu betrauen. Er betonte, dass eine Eskalation und weitere Opfer verhindert werden müssten. Die Reaktion der USA unterschied sich zunächst nicht wesentlich von der Moskaus. Scott McClellan, der Sprecher des Weißen Hauses, sagte:

„Wir haben uns mit der Menschenrechtssituation in Usbekistan beschäftigt, aber wir sind besorgt wegen des Gewaltausbruchs, insbesondere durch einige Mitglieder einer Terroristengruppe, die aus dem Gefängnis befreit worden waren“.⁹

Wenige Tage später wechselte Washington, genauer gesagt das Außenministerium, die Tonart. Dessen Sprecher Richard Boucher erklärte:

„Wir sind hochgradig beunruhigt durch Berichte, dass usbekische Behörden auf Demonstranten feuerten. Wir verurteilen nachdrücklich die Anwendung von Gewalt gegen unbewaffnete Zivilisten und bedauern jeden Verlust von Menschenleben zutiefst.“

Die EU forderte nach dem Blutvergießen „internationale, unabhängige Untersuchungen“, während sich nicht nur Moskau, sondern zunächst auch Washington auf „glaubwürdige“ Untersuchungen mit „internationaler Beteiligung“ beschränkten.

Die Usbekistanpolitik der USA befand sich nach Andischan in einer schwierigen Situation. Usbekistan ist das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens, grenzt an alle Länder der Region, hatte den USA nach dem 11. September 2001 als erstes Land seinen Luftraum geöffnet und eine Militärbasis zur Unterstützung der Operationen in Afghanistan zur Verfügung gestellt. Diese zählt zu den größten in der ehemaligen UdSSR.

Auf der anderen Seite versuchte und versucht sich die US-Administration weltweit als Förderer der Demokratie zu profilieren. Die Erfahrungen der vorhergehenden Jahre mit den Umbrüchen in Belgrad (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisistan (Anfang 2005) hatten die Zuversicht befördert, dass sich die Welt in der Phase einer neuen Demokratisierungswelle befindet, die Washington aus ideellen und machtpolitischen Erwägungen nach Kräften unterstützen wollte. Die USA schlugen sich auch unter dem Druck der Öffentlichkeit auf die Seite der Gegner der usbekischen Führung. Präsident Bushs erklärte Bereitschaft, die Demokratisierung weltweit massiv zu fördern, hatte Erwartungen geweckt, die den realpolitischen Spielraum der USA einengten. Washingtons zunächst zurückhaltende Reaktion hatte westliche Menschenrechtler erzürnt, die erheblichen Druck auf die Regierungen ihrer Länder ausübten. Die westliche Reaktion auf Andischan bestätigte den unter den Eliten der GUS-Länder weit verbreiteten Verdacht über einen zwielichtigen Charakter US-amerikanischer Außenpolitik. Noch in der Irakkrise Ende 2002/Anfang 2003 hatten sich Kasachstan und Usbekistan offen auf die Seite der USA gestellt, aber die Regierungen Zentralasiens hatten seitdem begonnen skeptisch zu werden, ob der Westen aus ihrer Sicht berechenbar und vertrauenswürdig sei. Die Umstürze in Georgien Ende 2003

9 Search for Bodies in Uzbekistan after Military Crackdown, in: AFP, 15.5.05, nach: JRL), Nr. 9149, 15.5.05; Fred Weir/ Peter Boehm: Uzbek Violence Challenges Leader's Hard Line, in: Christian Science Monitor, 16.5.05, nach: ebd.; Matveeva: S. 24; Halbach: Usbekistan, S. 8/9.

bzw. der Ukraine Ende 2004 wurden verbreitet als vom Westen inszeniert betrachtet. Zudem operierte die in Zentralasien aktive Organisation „Hizb-ut-Tahrir“ unbehelligt von London aus. Die Organisation stritt zwar ab, in Gewalttaten verwickelt zu sein, aber ihr Ziel, ein Kalifat in ganz Zentralasien zu errichten, deutet unmissverständlich auf einen islamistischen Hintergrund hin:¹⁰ Usbekistan riskierte einen Bruch oder zumindest eine schwere Krise in den Beziehungen zum Westen und forderte die USA im Sommer 2005 ultimativ auf, ihre Truppen aus dem Land abzuziehen.

Die Situation Russlands war nur auf den ersten Blick entspannter. Der usbekische Präsident Karimow war nach Andischan immerhin zunächst nach Peking und nicht nach Moskau geeilt, um Rückendeckung zu erhalten. Nicht nur die Rivalität mit China musste Russland Sorgen bereiten. Andrei Grosin, der Leiter der Zentralasienabteilung des offiziellen GUS-Institutes in Moskau, meinte:

„Im Grunde ist es eine Wahl zwischen zwei Übeln. In Anbetracht des Ausmaßes der Ereignisse in Andischan ist es ethisch nicht vertretbar, Karimows Position zu stützen. Aber Russlands vorrangiges Anliegen muss Stabilität sein, denn wenn Chaos ausbricht, werden sich die Probleme durch die durchlässige Grenze nach Russland hinein ausbreiten. Es wäre in dieser Lage sehr gut, wenn die Vereinigten Staaten und Russland eine gemeinsame Position ausarbeiten würden.“¹¹

Dies war nicht abzusehen. Russland und die USA fanden sich in verschiedenen Lagern wieder, und beschränkten sich in ihrem Urteil auf unterschiedliche Aspekte der Tragödie. Nikolai Patruschew, der Leiter des russischen Geheimdienstes FSB, sagte nach Andischan, dass die mangelnden Erfolge der US-geführten Kräfte in Afghanistan eine der wichtigsten Quellen der Instabilität in Zentralasien seien.¹² Die westliche Seite hingegen konzentrierte sich darauf, die Repressivität des Regimes zu verurteilen.

Unabhängig von der Perspektive - Es gab zahlreiche Indizien für eine Destabilisierung Usbekistans, des wichtigsten Landes der Region: Das Ausmaß der Unruhen und des Blutvergießens waren Beleg für die Stärke der Opposition und die Gefahr, dass Extremisten in der Lage waren, eine nachvollziehbare Unzufriedenheit für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Zudem kennzeichnete Andischan die Schwäche und Nervosität - wenn nicht Panik - der usbekischen Staatsführung. Letzteres war ein frappierender Unterschied zu früheren Unruhen, die meist friedlich verlaufen waren.

Es gab tatsächlich Anlass für die Sorge Karaganows, dass Usbekistan zu einem „failed state“ werden könnte: Die Polizei und Justiz genossen in den Ländern der Region durchweg nur ein geringes Vertrauen. Bei den Angriffen von Extremisten auf usbekische Sicherheitsorgane im Jahre 2004 galt die Sympathie der Bevölkerung eher den Angreifern als den Opfern unter den Polizeibeamten. Andischan befindet sich zudem im dichtbesiedelten Ferganatal, der am stärksten vom Islam geprägten Region Zentralasiens, was extremistischen Gruppen die Zellenbildung erleich-

10 Richard Giragosian: The Strategic Central Asian Arena, in: China and Eurasia Forum Quarterly, Volume 4, Nr. 1 (2006) S. 133-153; Albrecht Rothacher: Das neue „Große Spiel“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/2007, S. 105; Stephen Blank: Central Asia's Great Base Race, in: Asia Times Online, 19.12.03, www.atimes.com/atimes/Central_Asia/EL19Ag01.html; Uwe Halbach: Seidenstraße und Great Game: Internationale Politik und regionale Entwicklung zwischen Kaukasus und Pamir, in: Jens van Scherpenberg/ Peter Schmidt, Hg.: Stabilität und Kooperation: Aufgaben internationaler Ordnungspolitik, Baden-Baden 2000, S. 113; Pavel Belov: Astana tam pravit bal, in: Kommersant, Nr. 1, 9.1.04; Maria Olson: Die Ukraine in der Irakkrise, Ukrainische Widersprüche, in: GUS-Barometer 33.

11 Fred Weir: Uzbeki Relations with US, Russia Tested, in: Christian Science Monitor, 18.5.05, nach: JRL, Nr. 9152, 18.5.05.

12 Behind the Scenes, Russia and US Jockey for Position in Uzbekistan, in: AFP, 22.5.05, nach: JRL, Nr. 9156, 22.5.05.

tert.¹³ Tatsächlich war die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass Usbekistan zu einem Exporteur von Terror werden könnte, falls die Instabilität des Landes weiter zunehmen sollte.

Welche Schritte unternahm Russland, um die Situation in Zentralasien zu stabilisieren?

Russland in Zentralasien

Russland entwickelt zum einen seit einigen Jahren gemeinsam mit seinen Partnern in der Region Instrumente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, beispielsweise eine Entwicklungsbank mit Milliardenkapital. Ab 2003/04 begann Moskau zudem, Spannungen in der Region durch eine Politik der regionalen Verflechtung zu mindern. Der Kreml bewog beispielsweise Usbekistan und Turkmenistan dazu, sich anzunähern. Zuvor waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten über Jahre hinweg derart angespannt gewesen, dass selbst ein Krieg möglich schien.

Die fünf Länder Zentralasiens sind auf die Zusammenarbeit untereinander angewiesen, beispielsweise in Fragen der Wasser- und Energieversorgung. Bislang waren die Staaten zu einem konstruktiven Zusammenwirken kaum in der Lage. An diesem Zustand wird sich vor allem aufgrund der Konkurrenz zwischen den beiden potenziellen Vormächten Kasachstan und Usbekistans vermutlich nichts ändern. Die mangelnde Kooperation in der Region beeinträchtigt die Entwicklung und schürt Spannungen. Die Region scheint einen von außen kommenden Makler zu benötigen.

Die kurz skizzierte ausgleichende Politik des Kreml wird durch traditionelle Instrumente einer großen Macht ergänzt. Russland führt den Verteidigungspakt „Organisation des Vertrag für Kollektive Sicherheit“ (OVKS), unter dem Vorsitz des russischen Generals Nikolai Bordjuschka. Der OVKS gehören außerdem Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Weißrussland an. Die Organisation hatte bis zum Sommer 2005 großteils lediglich auf dem Papier existiert, seitdem gewinnt sie an Statur. Es wurde z.B. eine 4000 Mann starke Schnelle Eingreiftruppe aufgebaut, die seit Mitte 2006 von einem ständigen Hauptquartier aus geführt wird.¹⁴ Zudem betreibt die OVKS – unter russischer Führung - einen kleineren Luftwaffenstützpunkt in Kirgisistan, in der Nähe einer größeren westlichen Basis. Zu Beginn der Operationen in Afghanistan hatte Kirgisistan den USA im Herbst 2001 einen Teil eines zivilen Flughafens zur militärischen Nutzung zur Verfügung gestellt. Auf dieser Basis Manas, außerhalb der Hauptstadt Bischkek, waren 3.000 westliche Soldaten, unter ihnen 1.500 US-Amerikaner, stationiert. 2003 wurde Russland das Recht gewährt in Kant, das etwa 30 km vom Flughafen Manas entfernt liegt, ebenfalls einen Stützpunkt zu errichten, auf dem einige hundert russische Soldaten Dienst tun.¹⁵

Im Jahre 2004 unterstützten russische Spezialeinheiten den tadschikischen Präsidenten bei einer Revolte, die von dessen eigenen Garde ausgegangen war. Russland wird auf lange Zeit die einzige Macht in der Region bleiben, die über handlungsfähige schnelle Eingreiftruppen und einsatzfähige Eliteeinheiten verfügt.

Russland versuchte zusehends, westlichen Einfluss in Zentralasien zurückzudrängen oder zumindest einzugrenzen. Aus Sicht des Kreml war dies keine Offensive, sondern ein defensiver Akt, verbunden mit dem Angebot zur Zusammenarbeit. Anfang Juni 2005 gab Außenminister Lawrow ein langes programmatisches Interview. Er sagte, Russland beabsichtige nicht, der Hauptakteur im postsowjetischen Raum zu sein. Es dürfe aber auch kein anderes Land versuchen, das

13 Matveeva: S. 19, 38.

14 Marcin Kaczmarek: Russia Creates a New Security System to Replace the C.I.S, in: The Power and Interest News Report, 21.12.05; Richard Weitz: The CSTO Deepens Military Ties, Central Asia-Caucasus Analyst, 18.10.06, S 3ff.; Pavel Baev: Kremlin Launches Military Exercises in Russian Far East, in: The Jamestown Foundation, Eurasia Daily Monitor, Vol. I, Issue 28, 10.6.04.

15 New Kyrgyz Rulers Vow to Keep U.S., Russia Bases, in: Reuters, 25.3.05, nach: JRL, Nr. 9102, 25.3.05.

Gebiet zu seinem ausschließlichen Einflussgebiet zu machen. Im Juni 2005 hielt sich der britische Premierminister Blair zu einem Besuch in Russland auf, und Putin sagte auf der gemeinsamen Pressekonferenz: „Wir dürfen den GUS-Raum nicht in ein Schlachtfeld verwandeln. Er sollte eher ein Gebiet der Zusammenarbeit sein.“ Er fügte hinzu, dass „wir unser Bestes tun sollten, um diese Länder bei der Entwicklung der Demokratie“ und leistungsfähigerer Ökonomien zu unterstützen.¹⁶

Auf russischer Seite wurden jedoch auch wiederholt Stimmen laut, die wenig kooperationsbereit klangen und die Macht ihres Landes deutlich überschätzten. General Wladimir Michailow, der Kommandeur der russischen Luftwaffe, erklärte z.B. nach seinem Treffen mit dem kirgisischen Präsidenten Anfang 2006 im Überschwang, dass seine Truppen „auf ewig“ im Lande bleiben würden, was bei Kirgisen für Verstimmung sorgte.¹⁷ Die deutliche Genugtuung vieler russischer Beobachter in Anbetracht der Schwierigkeiten der USA in Zentralasien versperrte ihnen den Blick dafür, dass die Stützung wenig stabiler Regime letztlich eher eine Bürde für Russland sein, und dass ihr Land als Garantiemacht eines autoritären oder gar demokratiefeindlichen Status quo in anderen Weltregionen Ansehen und Einfluss einbüßen könnte. Und sie schienen wenig Gespür dafür zu besitzen, dass sich die zentralasiatischen Regime Russlands womöglich nur bedienen, von einem nachhaltigen Zugewinn an russischem Einfluss in der Region aber kaum die Rede sein kann – wie spätestens 2007 offenkundig wurde (s.u.).

Aus russischer Sicht war *Stabilität* die Voraussetzung für Entwicklung und letztlich Demokratie, während westliche Beobachter andersherum demokratische Verhältnisse als Voraussetzung für eine langfristige stabile Entwicklung betonen. Der Westen neigt dazu, den Terror in Zentralasien als Konsequenz von Unterdrückung zu interpretieren. Die Regime der Region betonen hingegen, dass der verbreitete und wachsende Islamismus die Regierungen zu einer harten Hand zwingt. Sie empfehlen sich selbst als Garanten der Stabilität. Russland hegt viel Verständnis für diese Auffassung, die Position des Kreml ist mit derjenigen zentralasiatischer Länder jedoch keineswegs deckungsgleich.

Russland engagiert sich seit einigen Jahren in zunehmendem Maße in Zentralasien. Aber hat es auch an Macht gewonnen?

Die (vorübergehende?) Stabilisierung Zentralasiens seit 2006

Die durch Andischan verunsicherte und vom Westen weitgehend ausgegrenzte usbekische Führung suchte den Schutz Russlands. Im Herbst 2005 führten russische und usbekische Truppen ein erstes gemeinsames Manöver durch. Kurz darauf unterzeichneten die Präsidenten Putin und Karimow einen Vertrag über bilaterale Zusammenarbeit.¹⁸ Dieser eröffnet beiden Ländern die Möglichkeit, militärische Objekte des Partnerlandes zu nutzen. Der Vertrag sah *nicht* die Schaffung eines russischen Stützpunktes vor, eröffnete für die Zukunft aber diese Möglichkeit. Karimow stellte besonders heraus, dass der Vertrag gegenseitige Hilfe im Falle einer Aggression von außen gegen eine der Parteien vorsieht. Kein offizieller Vertreter der USA erhob gegen den russisch-usbekischen Vertrag vom Herbst 2005 Einwände.¹⁹

16 Stephen Blank: The Great Game Goes to Sea: Naval Rivalries in the Caspian, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 11.1.06, nach: JRL, Nr. 12, 12.1.06; Lavrov: Russia Has Global Interests, in: RIA Novosti, 8.6.05, nach: JRL Nr. 9172, 8.6.05; Marc Champion/ Alan Cullison: Russia to Use G-8 Post To Aid Ex-Soviet States, in: Wall Street Journal, 14.6.05.

17 Matveeva: S. 61; RIA Novosti: Presse des postsowjetischen Raums über Russland, 6.3.06.

18 Stratfor.com: The Far-Reaching Changes in Russia, 14.11.05, in: JRL, Nr. 9295, 15.11.05; Chronik, Russlandanalysen, Nr. 81/2005.

19 Sergej Karaganov: Central'naja Aziâ: vosvrasenie Rossii, in: Rossijskaja Gazeta, 9.12.05.

Der usbekische Präsident betonte Anfang 2006 bei einem Besuch in St. Petersburg, dass niemand den Bündnischarakter der Beziehungen seines Landes zu Russland vergessen dürfe. Das im Mai 2006 abgeschlossene Verteidigungsabkommen sieht in Krisenzeiten jedoch lediglich Konsultationen vor.²⁰

Kurze Zeit darauf erklärte Präsident Putin, dass sich die USA in Usbekistan wie „ein Elefant im Porzellanladen“ benommen hätten. Er riet zu Umsicht: „Wir möchten nicht, dass (...) dieselbe Situation entsteht wie in Afghanistan.“ Der Kreml signalisierte Usbekistan Unterstützung. Sie war jedoch keineswegs uneingeschränkt. Es war offensichtlich, dass sich Usbekistan deutlich mehr um Russland bemühte als dies umgekehrt der Fall war.

Usbekistan und die anderen Länder der Region haben sich in den vergangenen drei Jahren stabilisiert, obwohl es auch in diesem Zeitraum Terroranschläge in Zentralasien gab, beispielsweise ein Angriff auf tadschikische und kirgisische Grenzposten im Mai 2006, der 13 Menschenleben forderte. Im weltweiten Vergleich werden in Zentralasien jedoch keineswegs überdurchschnittlich viele Terrorakte verübt.²¹ Man muss zwar feststellen, dass es ein höchst gewaltbereites terroristisches Potenzial in der Region gibt. Die vom Islamismus ausgehende Gefahr kann derzeit jedoch noch nicht als wirklich stabilitätsgefährdend gelten.²²

Keines der fünf zentralasiatischen Länder wird unter die „failing states“ gerechnet, obwohl zumindest einige der Staaten potenzielle Anwärter hierfür sind. In Anbetracht ihrer ethnischen Gemengelage, verbreiteter Armut, von Grenzproblemen, ihrer Nachbarschaft zu Afghanistan und in ihrer Funktion als Drogentransitländer ist es bemerkenswert, dass sie eine häufig fragile, aber doch funktionierende Staatlichkeit aufweisen. Eine Ursache der Stabilität mögen die sehr hohen Militärausgaben sein. Sie betragen im Falle Kirgisistans 10,5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP), bei Tadschikistan 6,2% und im Falle Usbekistans gar 15% des BIP, eine der weltweit höchsten Werte. Zum Vergleich: Deutschland wendet 1,3% des BIP für die Streitkräfte auf.²³ Diese starke Militarisierung mag eine wichtige Ursache dafür sein, dass der kaum Terror aus Afghanistan nach Zentralasien schwappt. Dauerhaft hohe Rüstungsausgaben behindern jedoch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, könnten die Entwicklung sozialer Unruhen in Zentralasien selbst schüren, der zu Terroraktivitäten führen oder diese begünstigen könnte.

Die Länder der Region haben sich in den vergangenen Jahren jedoch als stabiler erwiesen, als die meisten Beobachter nach Andischan erwartet hatten. John Negroponte, der Direktor des „Office of National Intelligence“, warnte beispielsweise im Februar 2006, dass sich mehrere Staaten der Region in einem solch fragilen Zustand befänden, dass die Situation eines „failed state“, ähnlich Somalias, möglich sei.²⁴

Die Staaten Zentralasiens profitieren zudem davon, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und wichtigen Akteuren des Westens in den vergangenen Jahren erheblich eingetrübt haben. Sie sehen sich umworben, was ihren Handlungsspielraum vergrößert. So forderte etwa Tadschikistan Mitte 2006 die im Lande verbliebenen russischen Einheiten brüsk auf, vom Zentrum der Hauptstadt in einen Außenbezirk umzuziehen. Der Kreml kam dieser symbolträchtigen Aufforderung nach. Im März 2008 forderten die zentralasiatischen Gasexporteure von Gazprom, ab dem Jahresanfang 2009 „europäische Preise“ für ihre Energielieferungen zu entrichten. Der Energiegigant gab der Forderung, die Russland Milliarden kosten dürfte, ohne erkennbaren Widerstand nach. Bislang zahlte Gazprom den zentralasiatischen Gasexporteuren lediglich einen Preis, der

20 Stephen Blank: Strategic Surprise? Central Asia in 2006, in: China and Eurasia Forum Quarterly, Vol. 4, Nr. 2 (2006).

21 Uwe Halbach: Zentralasien im Kampf gegen den militanten Islamismus, SWP-Aktuell 20, März 2008, S. 1, 8 (künftig: Halbach: Zentralasien).

22 S. auch: Halbach: Zentralasien, S. 3.

23 Marc von Boemcken: Globale Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärke, Waffeneinführen und Militarisierung, in: Bonn International Center für Conversion, Jahresbericht 2007/08, S.15/16.

24 Wie Fußnote 22.

deutlich unter demjenigen lag, den der russische Anbieter von den Kunden Mittel- und Westeuropas forderte.

Die zentralasiatischen Länder lesen dem Kreml keineswegs sämtliche Wünsche von den Lippen ab. Es ist jedoch offensichtlich, dass Russland und die Länder der Region eng miteinander verbunden sind und eine enge Kooperation benötigen. Russland übernimmt seit einigen Jahren eine wachsende Verantwortung. Es sieht sich durch die anhaltende Instabilität Afghanistans und die Rührigkeit anderer Mächte zu stärkerem Engagement und größerer Nachgiebigkeit veranlasst. - Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das aufstrebende China, der östliche Nachbar der Region?

China in Zentralasien

China ist in den vergangenen Jahren so stark geworden, dass es heutzutage fast auf gleicher Augenhöhe mit Russland die zentrale Rolle in der Region spielt. Das Handelsvolumen zwischen China und den zentralasiatischen Ländern hat sich von 2000 bis 2006 verzehnfacht, das russische nur gut verdoppelt. China ist als Handelspartner nunmehr fast ebenso bedeutend wie Russland.²⁵ Seit dem Frühjahr 2004 gibt es auch offizielle russische Stimmen, die vor einem wachsenden Einfluss Pekings warnen. Der kasachische Präsident hatte kurz zuvor in Peking erklärt, es sei Ziel seines Besuches, China zum wichtigsten Partner seines Landes zu machen.²⁶ Die Adressaten seiner Botschaft sind Moskau, Washington, Brüssel und Berlin: Sie lautet: Kasachstan könnte sich auch an Peking orientieren, falls sich Russland und der Westen als nicht freundlich genug erweisen sollten.

China investiert sehr stark in Zentralasien. Im Januar 2007 wurde bekannt, dass China annähernd 300 Mio. US-Dollar für die Verbesserung von Straßenverbindungen zu seinen zentralasiatischen Nachbarn ausgeben wird. Mit Kasachstan vereinbarte Peking den Bau einer neuen Eisenbahnlinie. Die ca. 5 Mrd. Euro kostende neue Verkehrsverbindung soll 2010 fertig gestellt sein. Beide Seiten planen zudem den Bau eines Kohlekraftwerkes für 4 Mrd. US-Dollar, um Strom für China produzieren zu können.²⁷ Chinesische Einheiten halten bereits seit einigen Jahren gemeinsame Manöver mit kasachischen und kirgisischen Truppen ab, und seit 2006 auch mit Einheiten aus Usbekistan, das über keine gemeinsame Grenze mit China verfügt.

Für das starke Engagement Pekings in Zentralasien gibt es zwei Gründe:

- China braucht aus innenpolitischen Gründen stabile und freundschaftlich verbundene Staaten in der Region, um die Situation im muslimisch besiedelten Westchina zu beruhigen.
- Die boomende chinesische Wirtschaft ist immer stärker auf Energieeinfuhren, auch aus Zentralasien, angewiesen und übt eine wachsende Gravitation aus.

Es ist nur dann wahrscheinlich, dass China Hegemonialmacht in der Region werden könnte, wenn der Westen Russland in Zentralasien vor allem als Konkurrenten und nicht *auch* als Partner betrachtet. China wird nur dann vorherrschende Macht in der Region werden können, wenn der Westen Peking hierbei hilft, oder sich grundsätzlich antiwestliche Falken in Moskau durchsetzen, die sich auch in der Vergangenheit hin und wieder zu Wort gemeldet haben. Sowohl die zentralasiatischen Länder als auch Russland wünschen eine Kooperation mit China, fürchten zugleich

25 Nach: Andrea Schmitz: Partner aus Kalkül. Russische Politik in Zentralasien, SWP-Studie 5, März 2008, S. 24

26 Chabar TV, 17.5.04, in: DW-RADIO, Fokus Ost-Südost, Nr. 95, 18.5.04; Natalja Posnjakowa/ Jaroslaw Rasumow: Bau der kasachisch-chinesischen Erdölpipeline schreitet voran, in: ebd., 15.12.04; Friedemann Müller: Machtspiele um die kaspische Energie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 4/2006, S. 8.

27 Jeremy Page: From Camel Train to Freight Train, in: The Times (UK), 5.12.05, nach: JRL, Nr. 9312, 5.12.05.

jedoch dessen wachsende Macht.²⁸ Kirgisistan, das über ein Drittel seines Außenhandels mit China abwickelt, verwehrte Peking die Einrichtung eines Militärstützpunktes.²⁹ Usbekistan, das einen zinsgünstigen Milliardenkredit von China eingeräumt bekam, nutzt diesen nur sehr maßvoll, um nicht in Abhängigkeit zu geraten.

Ein Instrument Chinas zum Ausbau seines Einflusses ist die „Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ), die im Jahre 2001 gegründet wurde. Neben Russland gehören ihr die zentralasiatischen Länder an, von Turkmenistan abgesehen. Die Shanghai-Organisation hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, gründet sich jedoch bislang wesentlich auf der Absicht, westlichen Einfluss einzugrenzen, positive Ziele beginnen erst nach und nach definiert zu werden. Die wechselseitigen Beziehungen der Länder untereinander sind zudem nicht ungeübt. Die Organisation wird weiter an Bedeutung gewinnen, aber keinesfalls einen bündnisähnlichen Charakter annehmen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Shanghai-Organisation ihr Aufgabengebiet deutlich erweitern wird. Sie eröffnet den kleineren Staaten bei Konflikte mit Russland oder China ein Podium. Dies mindert die Macht der Großen sowie ihren Willen, die SOZ entscheidend zu stärken. Die Organisation verfügt dementsprechend nur über wenige Dutzend Mitarbeiter, der Jahresetat beträgt lediglich einige Millionen Euro.³⁰

Russland bietet sich an

Vom Herbst 2001 bis in das Jahr 2004 hinein unterstützte Russland die westlichen Bemühungen zur Stabilisierung Afghanistans. In den folgenden etwa zwei Jahren beobachtete der Kreml die wachsenden Probleme am Hindukusch mit einer gewissen Genugtuung. Der russische Präsident kritisierte die US-geführte NATO-Mission in Afghanistan Mitte 2005 öffentlich als „sehr ineffektiv“. Die Taliban blieben aktiv, und das Land habe sich mehr denn je zu einem Zentrum des Drogenanbaus und -handels entwickelt.³¹

Seit dem Jahre 2006 ist die das geradezu hörbare Schmunzeln auf russischer Seite der Sorge gewichen. Denn Afghanistan wird zunehmend instabil, ohne dass Aussichten auf eine Beruhigung der Situation bestehen. Dies nötigt den Kreml zu handeln. Der NATO-Russland-Rat beschloss dementsprechend auf russischen Vorschlag, gemeinsam afghanische und zentralasiatische Anti-Drogenkräfte aus- und weiterzubilden, unter anderem in der Türkei und Russland. Seit Mitte 2006 haben etwa 500 Offiziere hieran partizipieren können. Es ist bezeichnend, dass Russland auf die NATO zugeht, um Probleme in Afghanistan zu lindern. Die Kooperation bleibt letztlich jedoch bescheiden und besitzt nur wenig mehr als Symbolwert.

Die Mitglieder der OVKS verstärkten ihre Zusammenarbeit und führten 2006 sogar Gespräche, ob sie nicht Truppen nach Afghanistan entsenden sollten, um Extremisten und den Drogenschmuggel zu bekämpfen.³² Mitte März 2007 entsandte die OVKS Vertreter nach Kabul, um direkte Kontakte mit Afghanistan zu eröffnen. Afghanistan sei „höchst interessiert“ gewesen. Im Mai 2007 erklärte Nikolai Bordjuschka, dass sich die afghanische Führung mit einer detaillierten Liste an seine Organisation gewandt habe, in welchen Bereichen Hilfe gewünscht werde. Es ging

28 Marcel de Haas: Russia-China Security Cooperation, in: www.pinr.com, 27.11.06.

29 Alexej Makarkin: Was steckt hinter der Forderung Usbekistans nach der Auflösung des US-Stützpunktes?, in: www.russlandonline.ru/mainmore.php?tpl=Usbekistan&iditem=128; Dmitrij Sidorov/ Mihail Sygar': Vtoraja holdnaja, in: Kommersant, 4.8.05; William O'Malley/ Roger McDermott, The Russian Air Force in Kyrgyzstan, in: Central Asia-Caucasus Analyst, 9.4.03; Michael A. Weinstein: Uzbekistan-C.I.S., www.pinr.com, 31.8.05; www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,367634,00.html.

30 Marcel de Haas: Russia-China Security Cooperation, in: www.pinr.com, 27.11.06.

31 Sergei Blagov: The Geopolitical Balance in Central Asia Tilts toward Russia, in: Eurasianet.org, 6.7.05, nach: JRL, Nr. 9196, 10.7.05; Russlands Regierung unterstützt Gründung von Eurasischer Entwicklungsbank, in: RIA Nowosti, 23.12.05, nach: Nachrichten aus und um Russland, 51. Woche, 26.12.05.

32 Richard Weitz: The CSTO Deepens Military Ties, in: Central Asia – Caucasus Analyst, 18.10.06.

insbesondere um Waffenlieferungen, Reparaturen von militärischer Hardware und die Ausbildung von Sicherheitskräften.³³

Seit Sommer 2007 bekunden hochrangige Vertreter Russlands auch öffentlich die Bereitschaft ihres Landes, an der Stabilisierung Afghanistans mitzuwirken, beispielsweise Außenminister Sergei Lawrow. Er betonte im Sommer 2007: „Es ist von zentraler Bedeutung, den nationalen Konsens in Afghanistan zu unterstützen und die Führer der Taliban davon abzuhalten, an die Macht zu gelangen.“ Nikolai Bordjuschka, der Generalsekretär der OVKS erklärte wenig später: „Wenn wir die Situation in Afghanistan ignorieren, so werden wir auf lange Jahre Probleme in Zentralasien haben.“ Bordjuschka bot der NATO-Antiterror-Koalition eine Zusammenarbeit zur Stabilisierung Afghanistans an. Er schloss zwar die Entsendung von Truppen aus, die im Jahr zuvor noch erwogen worden war, bot aber Hilfe in Form von Waffen und Investitionsprojekten an.

Im August 2007 verzichtete Russland auf die Rückzahlung von Schulden über 11 Milliarden US-\$ durch Afghanistan. Dieser Betrag war etwa viermal so hoch, wie die Schulden des Landes gegenüber sämtlichen anderen Gläubigern zusammengenommen. Die verbliebene Verbindlichkeiten in Höhe von 730 Mio. US-\$ sollen über einen Zeitraum von 23 Jahren beglichen werden.³⁴

Nervosität in Kabul

Die afghanische Führung spürt, dass auf den Westen auf Dauer vielleicht kein Verlass ist, reagiert frustriert, dass die NATO auf die russischen Signale nicht reagiert und wandte sich zunehmend Moskau, Peking, aber auch Teheran zu. – Ende März 2008 vereinbarten die Außenminister Tadschikistans, Afghanistans und des Iran eine Verstärkung der Zusammenarbeit.³⁵ - Der afghanische Präsident Karzai wurde zu einem regelmäßigen Gast bei den Treffen der „Shanghai-Organisation“. Er muss zudem den afghanischen Tadschiken und Usbeken, die eng mit ihren Landsleuten im Norden sowie Russland verbunden sind, positive Signale senden, denn sie fühlen sich vom Paschtunen Karzai zunehmend an den Rand gedrängt.

Kabul zeigt sich höchst interessiert an russischen Waffenlieferungen, Reparaturen von militärischer Hardware und der Ausbildung von Sicherheitskräften. Zudem wird über künftige, umfangreiche Stromlieferungen nach Afghanistan gesprochen. Unter russischer Führung werden derzeit gigantische Wasserkraftwerke in Tadschikistan errichtet, einem der zentralasiatischen Nachbarn Afghanistans.

Die kalte Schulter des Westens

Der Westen reagierte jedoch nicht auf die deutlichen Signale Russlands. Im Herbst 2007 trafen sich die NATO-Verteidigungsminister, nicht zuletzt, um über die schwierige Lage in Afghanistan zu sprechen. An Russland ging kein Signal zur Zusammenarbeit aus. Marie-Luise Beck, Mitglied des Deutschen Bundestages, sprach zur selben Zeit davon, dass sich Russland doch der NATO-geführten Mission am Hindukusch anschließen könnte. Russland unter NATO-Oberbefehl? Das klang nicht nach ernsthaftem Interesse.

33 Nadezhda Kevorkova: Afghan Sadness, in: Gazeta, 1.8.07, nach: JRL 169, 7.8.07; OSC Analysis: Moscow Seeking To Counter NATO, US Interest in Afghanistan, US Open Source Center, 6.8.07, in: JRL 170, 8.8.07

34 Dmitry Babich: Afghanistan: Open For Russian Business, in: Russia Profile, 7.8.07.

35 Chronik, in: Zentralasienanalysen 4/2008

Hektische Aktivitäten

Seit Dezember 2007 kam Bewegung hinein: Die Außenminister der OSZE-Staaten einigten sich bei ihrem Treffen in Barcelona, dass die Organisation auch an der Stabilisierung Afghanistans mitwirken sollte. Im gleichen Monat betonte der Präsident Usbekistans das nachdrückliche Interesse seines Landes an guten Beziehungen mit der Europäischen Union und den USA. Der Zentralasienbeauftragte der EU, Pierre Morel, begab sich kurz darauf nach Taschkent, um dem wiedergewählten Karimow persönliche Glückwünsche auszusprechen.³⁶

Danach überschlugen sich geradezu die Ereignisse: Ende Januar erneuerte der russische NATO-Botschafter Dmitri Rogosin die Bereitschaft seines Landes zur Kooperation. In Bezug auf Afghanistan und darüber hinaus. Im Grunde handelte es sich hierbei um einen Routinevorgang, aber dieses Mal reagierte der Westen. Auch die westliche Presse nahm „überrascht“ von der „neuen“ russischen Kooperationsbereitschaft Notiz.

Wenige Tage darauf stattete Admiral William Fallon, Kommandeur des „United States Central Command“, Usbekistan einen aufsehenerregenden Besuch ab. Er sprach mit Staatspräsident Karimow, nachdem er zuvor bereits Tadschikistan für Gespräche aufgesucht hatte. Fallon betonte gegenüber Karimow, dass man nicht in die Vergangenheit schauen solle (Andischan), sondern in die Zukunft. Usbekistan ist ein Verbündeter Russlands, Nachbar Afghanistans und die usbekisch-US-amerikanischen Beziehungen sind – bzw. waren! – seit Andischan ausgesprochen schlecht. Zum Aufgabenbereich von Fallon gehörte Afghanistan.³⁷

Unmittelbar nach Fallons Besuch rief Putin den usbekischen Präsidenten Karimow an. Kurze Zeit darauf gab das russische Präsidialamt bekannt, dass Karimow nach Moskau kommen wird. Der Besuch fand lediglich eine Woche später statt, eine „Nanosekunde“ nach diplomatischen Gepflogenheiten.³⁸

Kurze Zeit darauf begannen die NATO und Russland an einem Plan zu arbeiten, der den Transport nicht-militärischen Materials (Kleidung, Lebensmittel, Treibstoff u.a.) über russisches Territorium gestatten würde. Es fanden Gespräche über konkrete Routen statt - die auch über usbekisches Territorium verlaufen. Bislang kommen Dreiviertel des Nachschubs für Afghanistan über das instabile Pakistan.³⁹

Der russische Außenminister Lawrow befürwortete kurz darauf öffentlich ein Abkommen zwischen der NATO und der russisch geführten OVKS über den Transit nach Afghanistan. Er erklärte in Paris auf einer Pressekonferenz, dass „die meisten NATO-Mitglieder, einschließlich Frankreichs“ eine Vereinbarung zwischen der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft und der OVKS befürworten, die Washington jedoch blockiere. Russland sei zu einem „strategischen Konsens“ mit der NATO über Afghanistan bereit, den auch Deutschland und etwa Frankreich wünschen.⁴⁰

Deutschland gehört zu den Ländern, die nachdrücklich ein Abkommen der NATO mit Russland und seinen Verbündeten wünschen. Deutschland besitzt bereits seit Jahren eine Transitvereinbarung mit Russland und Usbekistan zur Versorgung der Bundeswehr in der Region. Zu diesem Zweck sind seit über sechs Jahren 300 deutsche Soldaten im Süden Usbekistans stationiert.

36 Sanobar Shermatova: Uzbekistan Moves Forward, in: Russia Profile, 29.1.08

37 C.J. Chivers: Cutting Deals In Democracy's Dead End, in: New York Times, 3.2.08.

38 Sergei Blagov: Russia wary about Uzbekistan's geopolitical Intentions, in: Eurasianet.org, 6.2.08.

39 James Blitz: Moscow to offer route for Nato supplies, in: Financial Times, 7.3.08

40 M.K Bhadrakumar: Russia throws a wrench in NATO's works, in: Asia Times, 14.3.08, nach: JRL 57, 17.3.08

Die USA kommen Russland entgegen

Mitte März flogen die US-amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice und Verteidigungsminister Gates nach Moskau. Dies war von Seiten Washingtons zweifellos ein Eingeständnis der Schwäche, immerhin hatte Putin die US-Delegation bei ihrem letzten Aufenthalt in Moskau im Herbst 2007 einfach 40 Minuten warten lassen und recht brüsk abgefertigt. Diesmal war die Stimmung gut. Rice erklärte, es sei wahrscheinlich, dass die beiden Präsidenten ihre „historische Vision realisieren“ könnten. Präsident Bush hatte seinem russischen Amtskollegen einen Brief mit Vorschlägen für ein „strategisches Rahmenwerk“ übergeben lassen. Putin erklärte befriedigt, dass es sich um „ein ernst zu nehmendes Dokument“ handle.

Der Preis Russlands

Außenminister Lawrow betont die Kooperationsbereitschaft Russlands, Präsident Putin gab sich in dieser Aufgabenverteilung weniger konzilient. Russland gibt sich mitunter kratzbürstig, um zu zeigen, wer auf wen angewiesen ist und um den eigenen Preis zu erhöhen. Putin sagte während des Treffens mit der Bundeskanzlerin in Moskau am 9. März: „Die NATO überschreitet bereits heutzutage ihre Grenzen. Wir haben kein Problem damit, Afghanistan zu helfen, aber es ist etwas anderes, wenn die NATO diese Hilfe zur Verfügung stellt. Dies ist eine Angelegenheit jenseits der Grenzen des Nordatlantik, wie Sie gut wissen.“

Russland fordert, dass die NATO offizielle Kontakte mit der OVKS aufnimmt und energisch gegen den Drogenabau und –schmuggel in Afghanistan vorgeht. Es erwartet eine konziliantere Haltung in der Raketenfrage und wünscht keine Einladung an die Ukraine und Georgien, der NATO beizutreten.

Deutschland hat mit den meisten der russischen Wünsche und Forderungen keine Probleme, im Gegenteil. Für die USA sind es jedoch Kröten. Die absehbare Kooperation mit Russland schwächt die US-Position in Europa und dem postsowjetischen Raum. Washington ist gezwungen zuzugeben, dass es ohne und gegen Moskau nicht geht. Für Deutschland versteht sich das von selbst, es wünscht Einbindung, keine Ausgrenzung. Dies gilt ganz weitgehend über die Parteigrenzen hinweg.

Zusammenfassung und Ausblick

1. Russland ist keine Gefahr für die Souveränität der Staaten Zentralasiens.

Russland nötigte die Staaten der Region 1991 geradezu in die Unabhängigkeit, um sich (vermeintlicher) Lasten entledigen zu können. Auch in den Folgejahren war es der Kreml, der Verbindungen zerschnitt, ob den gemeinsamen Währungsraum oder die Zollunion.⁴¹ Russland demonstriert erst seit Beginn dieses Jahrzehnts die anhaltende Bereitschaft und Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen. Es zeigt sich kaum eifersüchtig, dass die Länder der Region auch mit China und dem Westen zusammenarbeiten. Kasachstan beispielsweise, mit dem Russland enge, ja herzliche Beziehungen unterhält, pflegt sowohl zu China, als auch zu den USA gute Kontakte.

2. Russland ist ein unentbehrlicher Makler und Stabilitätsgarant in der Region.

41 Olga Alexandrova: Schwierige Restauration alter Abhängigkeiten, in: Osteuropa, Nr. 4-5/2001, S. 455ff; Marie-Carin von Gumpfenberg: Neue Konstellation in Zentralasien, in: GUS-Barometer 28; Hermann Clement u.a.: Handelsstruktur und nationale Interessen konterkarieren GUS-Integration, Osteuropainstitut München, in: Kurzanalysen, Nr. 7, März 2003, S. 1.

Russland besitzt die geographische Nähe, das Potenzial, die Vertrauensbasis, Erfahrung und den Willen, die Länder Zentralasiens zu einer Kooperation zu bewegen, wofür Sicherheitsgarantien letztlich die Voraussetzung sind. Dies wird auch mittelfristig den Einfluss des Kreml begünstigen.

3. Eine Verbesserung der Situation in Afghanistan ist ohne ein stabiles Zentralasien nicht denkbar. Hierfür braucht es Russland – wenn man kein übermächtiges China möchte. Aber auch dieses könnte die Last vermutlich allein nicht tragen.

4. Deutschland und der Westen sollten die Ansätze regionaler Kooperation in der Region unterstützen, auch und nicht zuletzt diejenigen, an denen sich Russland beteiligt.

Eine Schwächung und Ausgrenzung Russlands in Zentralasien wird weder der Stabilität zuträglich sein, noch letztlich der EU oder NATO nutzen, sondern insbesondere China. Soll dies Ziel deutscher Politik sein? Es ist im Interesse Deutschlands (und dies sollte für den Westen in seiner Gesamtheit gelten), dass Russland seinen Einfluss in Zentralasien wahren kann und seine Fähigkeit erhält, zur Stabilität der Region wesentlich beizutragen.⁴²

Mitte 2007 wurde unter deutscher Federführung das Zentralasienkonzept der EU vorgelegt. Es ist ein großer Schritt nach vorn – beinhaltet jedoch weder einen Hinweis auf eine Kooperation mit Russland, noch auf die weitgehende Interessenkonvergenz in Bezug auf die Sicherheit Zentralasiens. Ohne Russland wird die EU ihre Ziele in der Region jedoch nicht verwirklichen können.⁴³

Die zentralen Interessen des Westens und Russland in Zentralasien sind weitgehend deckungsgleich. In Bezug auf den Zugang zu Energieressourcen gibt es eine gewisse Konkurrenzsituation. Sie ist jedoch eher Ausdruck der allgemein angespannten Beziehungen, nicht Ursache.

Deutschland und die EU werden sehr wahrscheinlich letztlich nur Initiativen zur Verstärkung der regionalen Kooperation *unterstützen* können, die Engagement der Shanghai-Organisation oder Russlands *voransetzen*. Keine der westlichen Länder oder Einrichtungen (USA, Deutschland, Japan, EU, NATO) wird die führende Rolle als Vermittler zwischen den Ländern der Region spielen können. Sie sind aus Gründen der Geographie nicht in der Lage, glaubwürdige Sicherheitsgarantien zu geben und die Entwicklung in Afghanistan verstärkt die Skepsis in der Region.

5. Russland und seine Verbündeten haben ein existenzielles Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans.

Sie wären von einem islamistischen Afghanistan weit stärker betroffen als der Westen.

6. Russland und seine Verbündeten sind *vermutlich* in der Lage, einen sehr bedeutenden Beitrag zur Eindämmung und vielleicht gar zur Lösung der Krise in Afghanistan beizutragen.

- a) Als Vorbild: Der Kreml übernahm Mitte der 90er Jahre nach einigem Zögern eine Mittlerfunktion in Tadschikistan und beendete schließlich beherzt den Bürgerkrieg, der schätzungsweise 150.000 Menschenleben gekostet hatte. Es handelt sich um eine der wenigen (bewaffneten) Friedensmissionen der vergangenen Jahrzehnte, die dauerhaften Erfolg hatten. – Im Westen wird sie trotzdem kaum wahrgenommen. Vielleicht lohnt sich ein genauerer Blick?
- b) Als abschreckendes Beispiel: „Es gibt nicht einen einzigen Fehler der Sowjetunion“, so Zamir Kabulow, der russische Botschafter in Kabul, „den die internationale Staatengemeinschaft in Afghanistan nicht wiederholt hat.“⁴⁴
- c) Russland und beispielsweise Usbekistan sind in der Lage, die Situation für den Nachschub in Afghanistan zu sichern und zu verbessern. Sie besitzen zudem nach wie vor beträchtlichen

42 S. auch: Andrea Schmitz: Partner aus Kalkül. Russische Politik in Zentralasien, SWP-Studie 5, März 2008, S. 23 (künftig: Schmitz).

43 Schmitz: 5/6.

44 Sandra Petersmann: www.tagesschau.de/afghanistan350.html.

Einfluss in Afghanistan. Die Möglichkeiten für eine Kooperation in der Drogenbekämpfung sind noch nicht ausgereizt, die OVKS und die NATO haben mit einer Kooperation noch nicht einmal begonnen.

Es kam im April zwar zu einer verstärkten Kooperation zwischen der NATO auf der einen sowie Russland und seinen Verbündeten auf der anderen Seite. Russland und Usbekistan werden in Zukunft eine große und steigende Bedeutung für die Versorgung der westlichen Einheiten in Afghanistan besitzen. Es wird beispielsweise auch daran gedacht, eine stillgelegte Eisenbahnverbindung zwischen Usbekistan und Afghanistan wieder instand zu setzen, um gefährvolle und kostenintensive Flüge vermeiden zu können. Washington und Moskau kamen sich auch in der Raketenfrage näher. Der NATO-Gipfel in Bukarest, auf dem, als erster russischer Präsident überhaupt, auch Wladimir Putin teilnahm, erweckte jedoch eher den Eindruck, dass Russland als Gefahr betrachtet werde. Die von Russland angebotene und gewünschte Kooperation mit der OVKS kam nicht zustande. Wenige Tage darauf (am 9./10. April 2008) organisierte die EU einen Gipfel der Außenminister der zentralasiatischen Staaten in Turkmenistan. Sie lud Vertreter der NATO sowie der USA ein, nicht jedoch Repräsentanten Russlands. Das ist hochgradig unklug. In der Zentralasienstrategie erklärt die EU immerhin ihre Bereitschaft, u.a. mit der OVKS in einen „konstruktiven Dialog“ zu treten.⁴⁵ Diese Worte gilt es mit Leben zu füllen.

Man kann feststellen, dass Russland einer der zentralen Spieler in Zentralasien ist und bleiben wird. Tadschikistan beispielsweise zeigt ein steigendes Interesse, sein Engagement in der OVKS zu verstärken.⁴⁶ Es ist jedoch offensichtlich, dass Russland seinen Einsatz bereits erhöhen musste und wird weiter erhöhen müssen, um seine Position zu halten. Das Zugeständnis, in Zukunft deutlich erhöhte Preise für Erdgas aus der Region zu zahlen, ist ein deutliches Indiz. Der relative Macht- und Statusverlust Russlands wurde auch während des Besuches des usbekischen Präsidenten in Moskau im Februar 2008 deutlich: Putin betont nach dem Besuch, dass die zweiseitigen Beziehungen die Qualität einer Allianz besäßen. Karimow nahm dieses Wort nicht auf, sondern betonte (lediglich) seinen höchsten Respekt für Russland.⁴⁷ - In den Monaten nach Andischan war es Karimow gewesen, der den Bündnischarakter der zweiseitigen Beziehungen betont hatte. Damals wollte die russische Seite diese Worte nicht bestätigen...

Deutschland, die USA und die EU kommen den Ländern der Region entgegen, die Phase angespannter Beziehungen nach Andischan scheint weitgehend der Vergangenheit anzugehören. Präsident Bush beispielsweise empfing den turkmenischen Präsidenten Berdymuchammedow während des NATO-Gipfels, um über die Zusammenarbeit im Energiesektor und den Kampf gegen den Terror zu sprechen. – Die Bundeskanzlerin hatte es im vergangenen Herbst übrigens abgelehnt, mit Berdymuchammedow zu sprechen, der um einen Empfang im Bundeskanzleramt nachgesucht hatte.

Der Westen verstärkt seine Kooperation mit den Staaten Zentralasiens. Dies ist auch wegen der Situation in Afghanistan geboten. Es gilt, Russland noch stärker mit ins Boot zu holen. Es sieht nicht danach aus, dass der Westen den Willen und/oder die Fähigkeit besitzt, Afghanistan auf eigene Kräfte gestützt zu befrieden.

45 www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf, s. hier Abschnitt IV.

46 Chronik, in: Zentralasienanalysen 4/08

47 Sergei Blagov: Russia wary about Uzbekistan's geopolitical Intentions, in: Eurasianet.org, 6.2.08.

DIAS-Analysen

- 1 Rainer Winkler August 2003
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002
- 2 Rouven Klein Oktober 2003
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas
- 3 Michaela Hertkorn November 2003
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen)
- 4 Heiko Borchert Dezember 2003
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task
- 5 Heiko Borchert / Daniel Maurer Januar 2004
Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future
- 6 Marc Houben Juli 2004
Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management
- 7 Michaela Hertkorn August 2004
Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq
- 8 Dimitrios Argirakos November 2004
Die Bush-Doktrin
- 9 Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld November 2004
Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South
- 10 Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld November 2004
Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht.
- 11 Dustin Dehéz / Babak Khalatbari Februar 2005
Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft
- 12 Marwan Abou-Taam Februar 2005
Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft
- 13 Roman Schmidt-Radefeldt April 2005
Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?
- 14 Henrike Paepcke Mai 2005
Another U.N. Secretary-General soon Decapitated?
- 15 Babak Khalatbari Juni 2005
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft
- 16 Dustin Dehéz September 2005
Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea

17	Cornelia Frank Polens Sicherheitspolitik in der Transformation	Oktober 2005
18	Dustin Dehéz Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen	Oktober 2005
19	Glenn Gassen Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)	April 2007
20	Marwan Abou-Taam Terrorismus – die Operationalisierung eines Begriffs	Mai 2007
21	Rana Deep Islam Education in Afghanistan - A Requirement for Assuring Security an Development	November 2007
22	Klaudia Köhn Česka Republika, Die Tschechische Republik im Überblick	Februar 2008
23	Florian Schröder Länderstudie Republik Polen	März 2008
24	Dominik Kneer Länderstudie Indonesien	März 2008
25	Stefanie Magin, Michael Schwarz Internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Asylpolitik westlicher Länder	März 2008
26	Cornelia Albert Länderstudie Lettland	März 2008
27	Philipp Schweers Still a "Civilian Power" - The changing approach in German Security Policy after 1990	März 2008
28	Mark Hauptmann Länderstudie Volksrepublik China	März 2008
29	Rana Deep Islam The Accession of Turkey to the European Union	Mai 2008
30	Mark Hauptmann Die chinesischen Interessen in den Sechsparteiengesprächen	Mai 2008
31	Kati Jensch Die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in Argentinien nach der Wirtschaftskrise 2001	Juni 2008
32	Julia Kaazke Sicherheits <i>shalber</i> Umweltschutz?!	Juni 2008
33	Christian Wipperfürth Russland - Zentralasien - Afghanistan – Ein Beziehungsgeflecht	Juni 2008

DIAS ANALYSEN stehen über www.dias-online.org zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2008, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org